



München am Tag des Urteils. Foto: Robert Andreassch

Kritische Begleitung

Ein Blick zurück

Der 11. Juli 2018 war der lang herbeigesehnte Tag der Urteilsverkündung im ersten NSU-Prozess. NSU-Watch hat den Prozess am Münchener Oberlandesgericht über fünf Jahre kontinuierlich begleitet. Mit dem Urteil verbinden viele die Frage: War es das wert? War die viele Arbeit sinnvoll?

Von Caro Keller (NSU-Watch)

Am 11. Juli 2018 verließ der im ersten NSU-Prozess angeklagte ANDRÉ EMINGER nach fast einem Jahr Untersuchungshaft unter dem Applaus seiner Kameraden das Gerichtsgebäude in der Nymphenburger Straße in München auf freiem Fuß. Eine Woche später konnte auch sein Mitangeklagter Ralf Wohlleben unter Auflagen das Gefängnis verlassen. Zwei überzeugte Neonazis und vorläufig verurteilte Rechtsterroristen kehrten in ihren Alltag zurück, in dem sie als Helden der Szene gefeiert werden.

Diese Szenen und die schon so lange erwartete Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 stellen Viele vor die Sinnfrage: Wozu das alles? Hat sich die ganze Arbeit wirklich gelohnt?

Wir, NSU-Watch, waren jeden Tag im Saal A101 und haben alles mitgeschrieben, denn ein offizielles Protokoll gab es nicht. Wir werden die Worte und Geschichten der Angehörigen der Mordopfer des NSU und der Überlebenden nie vergessen, die immer wieder die Kraft fanden, im Prozess ihren Schmerz, ihre Geschichten aber auch ihre Hoffnungen auf Aufklärung und Gerechtigkeit zu teilen. Wir hörten, wie Vertreter*innen der Nebenklage unermüdlich immer neue Fakten zu Tage und mittels Beweisanträgen in den Prozess förderten. Anfangs war dies noch erfolgreich, doch in den letzten Jahren wurden diese Anträge überwiegend vom Senat abgelehnt. Dennoch war damit das Wissen in der Welt.

Wir sahen die andere Seite, die Neonazis und Vertreter*innen der Verfassungsschutzämter, lügen und sich in Erinnerungslücken flüchten.

Von dieser Beweisaufnahme im ersten NSU-Prozess, die trotz aller Schwierigkeiten die Dimensionen des NSU-Komplexes umriss, blieb in der Urteilsbegründung nichts übrig. Keine Worte für die Angehörigen und Überlebenden, kein großes Unterstützungsnetzwerk, keine Erwähnung der Mitschuld der Sicherheitsbehörden, keine Anmerkungen zur gesellschaftlichen Dimension oder gar zum Rassismus, der den NSU erst ermöglichte.

Als sich unser bundesweites antifaschistisches Bündnis 2012 den Namen NSU-Watch gab, hatten schon Monate lang Antifaschist*innen in unterschiedlichen Konstellationen ihre Archive und Erinnerungen durchkämmt, um Informationen zu dem zu sammeln, was im November 2011

bekannt wurde. Mit zwei toten Neonazis im Wohnmobil waren die alten, von manchen Antifaschist*innen nie vergessenen, Namen wieder da: UWE MUNDLOS, UWE BÖHNHARDT, BEATE ZSCHÄPE. Und mit ihnen die in den 1990ern ausrecherchierten Strukturen,

“Das Urteil im ersten NSU-Prozess ist unbestreitbar ein Zeichen in die Neonazi-Szene, dass rechter Terror möglich ist und weitestgehend ungestraft bleibt.”

der Thüringer Heimatschutz mit seinen bundesweiten und internationalen Verbindungen. All dies ließ sich mit den Fotos und Recherchen nachweisen. In den alten Neonazi-Fanzines ließ sich zudem nachlesen, was der NSU umgesetzt hatte: Die rechten Terrorkonzepte.

Gleichzeitig und angesichts des vielen Materials, das innerhalb weniger Monate

zusammengestellt werden konnte, wurde aber auch klar: Trotz all dem hatten Antifaschist*innen den NSU vor 2011 nicht wahrgenommen. Wir konnten den Nazis bei ihrer Mord- und Anschlagsserie nicht in den Arm fallen.

Das ist die Rolle, die die antifaschistische Linke im NSU-Komplex einnimmt. Wir haben die Angehörigen und Überlebenden nicht gehört, als sie öffentlich auf ein mögliches rechtes Motiv der Morde und Anschläge hinwiesen, 2006 sogar mit zwei Demonstrationen in Kassel

und in Dortmund mit mehreren Tausend Menschen. Wir haben den Familien der Ermordeten nicht beigestanden, als die Polizei rassistisch gegen sie ermittelte und gemeinsam mit den Medien rassistische Stories über ihre ermordeten Verwandten erfanden.

All das ist Grund und Motivation, über ein erstes Aufarbeiten hinaus die Aufklärung des NSU-Komplexes als Antifaschist*innen kritisch zu begleiten. Konkret hieß und heißt das, dass Aktivist*innen von NSU-Watch landauf, landab in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und eben in dem Prozess in München auf den Plätzen für die Öffentlichkeit sitzen und mitschreiben. Das Mitgeschriebene wird in Protokolle, Berichte und Zusammenfassungen verwandelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Da wir uns aber nicht nur als Beobachtende, sondern als Akteur*innen in der Aufklärung des NSU-Komplexes verstehen, dürfen eigene Analysen und Interventionen nicht zu kurz kommen. All dies bedeutet viel Arbeit in den Landesprojekten von NSU-Watch und der Bundesstruktur, die immer wieder unterschätzt wurde.

Sich so nah an die staatliche Aufklärung des NSU-Komplexes heranzuwagen wurde häufig von außerhalb unseres Bündnisses kritisiert und auch von uns stets kritisch im Hinterkopf behalten. Spielt doch der Staat mit Polizei und den Verfassungsschutzämtern eine eigene Rolle bei der Hervorbringung des NSU und seinem Unentdecktbleiben. Wie sollten staatliche Stellen hier für Aufklärung sorgen? Wäre es

Crowdfunding für apabiz-Ausstellungsprojekt gestartet



Das Wissen über Kontinuitäten extrem rechten Wirkens ist im öffentlichen Bewusstsein kaum verankert. Gut verständliche Überblicksdarstellungen zur Geschichte der extremen Rechten seit 1945 liegen nur sehr begrenzt vor. Auch für Berlin existiert eine zusammenhängende Darstellung bisher nicht, weder in Bezug auf die lokale Geschichte, noch mit Blick auf die lange Tradition antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Abwehrreaktionen.

Gemeinsam erarbeiten apabiz und Aktives Museum derzeit eine Wanderausstellung zur extremen Rechten und Gegenwehr in Berlin. Dabei schöpfen wir natürlich auch aus den unendlichen Tiefen unseres Archivbestands. Die Ausstel-

lung wird an alltäglichen Orten im Stadtraum über verschiedene Ereignisse und Aktionsfelder der extremen Rechten seit den 1950er Jahren berichten. Gleichzeitig soll deutlich werden, dass es schon immer auch eine aktive vielschichtige Auseinandersetzung mit dem Phänomen gab, nicht zuletzt um anhand der Geschichte dazu zu ermutigen, den gesellschaftlichen Rechtsruck nicht unwidersprochen zu lassen. Die Eröffnung findet im März 2019 in der Zionskirche in Prenzlauer Berg statt.

Um audiovisuelle Medien und digitale Features integrieren zu können, brauchen wir noch Geld. Bitte unterstützt bis zum 31. Oktober unser Crowdfunding auf startnext.

<https://www.startnext.com/extreme-rechte-und-gegenwehr>

nicht besser, da einfach von außerhalb zu kritisieren? All die Fakten und Puzzlestücke, die wir ohne diese Beobachtung einfach verpasst hätten, überzeugen uns vom Gegenteil.

Wer sich am NSU-Komplex abarbeitet, muss trotzdem auch immer wieder ohnmächtig zusehen, wie all diese Gremien und mit ihnen die Gesellschaft keine folgerichtigen Schlüsse aus ihren Ergebnissen ziehen. Der Verfassungsschutz wurde nicht aufgelöst, sondern mit mehr Mitteln ausgestattet. Spätestens seit 2013 erleben wir einen Rechtsruck der Gesellschaft, der mit einer Abschaffung der Bedingungen, die den NSU hervorbrachten, nicht möglich gewesen wäre. Bis heute werden Betroffene von Rassismus und rechtem Terror nicht als Hauptzeug*innen des Geschehenen gehört und ernst genommen. Vielmehr interessiert sich das Publikum für die Gefühle der Täter*innen, allen voran von Beate Zschäpe. Doch all dies war bei einer deutschen Aufarbeitung von rechtem Terror natürlich erwartbar.

Die Nebenklage im NSU-Prozess, Journalist*innen, engagierte Abgeordnete, Aktivist*innen, Antifaschist*innen, NSU-Watch – wir alle haben über die letzten sieben Jahre ein Wissen über den NSU-Komplex, über Neonazis, rechten Terror, Rassismus, die Polizei, den Verfassungsschutz und nicht zuletzt die deutsche Gesellschaft erarbeitet und errungen, das auch ein niederschmetterndes Urteil im NSU-Prozess nicht zunichte machen kann.

Dieses Wissen zeigt auf die (antifaschistischen) Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten. Der gesellschaftliche Rechtsruck bringt rechten Terror mit sich. Nicht nur beim OEZ-Attentat in München



Am Tag der Urteilsverkündung forderten mehr als 5.000 Demonstrierende in München »Kein Schlussstrich!« Foto: Kilian Behrens / apabiz

wurde er bereits Realität. Es ist nicht erkennbar, dass gesellschaftlich wirklich aus dem NSU-Komplex gelernt wurde. Der Verfassungsschutz gilt den Medien wieder als verlässliche Quelle zur extremen Rechten und spielt die Gefahr rechten Terrors regelmäßig herunter. Von der mutmaßlichen Finanzierung der Neonaziszene durch die ununterbrochene Führung von V-Leuten ganz zu schweigen. Die Polizei erkennt rechte Anschläge und rechten Terror selbst mit »Bekennerschmierereien« und Hitlergruß nicht. Rassistische Übergriffe und Hetze kommen aus allen Ecken der Gesellschaft.

Wer sich mit dem NSU-Komplex ernsthaft auseinandersetzt, hat diese Dynamik, dieses gesellschaftliche Zusammenspiel, das zum rechten Terror dazu gehört, klar vor Augen. Dieses Wissen muss eine weitere Verbreitung finden zusammen mit der Forderung, dass dies aufhören muss. Dabei

können wir als Antifaschist*innen eines mit Sicherheit tun: Die eigene Rolle beim gesellschaftlichen Mittun am rechten Terror ändern. Wir wissen, wie rechter Terror funktioniert, und wie ernst diese Bedrohung zu nehmen ist. Wir nehmen die eigenen Analysen ernst und versuchen mit unseren Recherchen, aufzudecken, was passiert ist und was geplant ist. Die große Veröffentlichung zu Combat18 durch antifaschistische Gruppen vor kurzem zeigt, dass dies möglich ist. Wir hören Betroffenen und Überlebenden von rechten Anschlägen zu und unterstützen sie, anstatt sie allein zu lassen. Dass dies einen großen Unterschied macht, zeigt uns zum Beispiel die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş seit 2012.

Das Urteil im ersten NSU-Prozess ist unbestreitbar ein Zeichen in die Neonaziszene, dass rechter Terror möglich ist und weitestgehend ungestraft bleibt. Doch wir vergessen die Beteiligten nicht, wir werden weiterhin alles daran setzen, die Namen aller Neonazis des Unterstützungsnetzwerks herauszufinden. Die Straf- und Konsequenzlosigkeit ist und bleibt ein fatales Zeichen, aber ein neuer NSU ist kein unabwendbares Schicksal. Da werden wir als Antifaschist*innen dieses Mal mitzureden haben. •

Dieser Artikel erschien zuerst im Antifaschistischen Infoblatt (AIB) Nr. 120 (Herbst 2018).



NSU-Watch gibt es auch zum Hören als Podcast: »NSU-Watch: Aufklären & Einmischen. Der Podcast über den NSU-Komplex, rechten Terror und Rassismus«. Alle zwei Wochen unterhalten wir uns über aktuelle Entwicklungen im NSU-Komplex, aber auch aktuelle Entwicklungen des rechten Terrors und des gesellschaftlichen Rechtsrucks.

<https://nsu-watch.info/podcast>





Die Bühne beim »Marsch für das Leben« 2018. Foto: apobiz / Frank Metzger

Mit offenen Armen in die Sackgasse

Der christlich-fundamentalistische »Marsch für das Leben« zog auch 2018 durch Berlin. Deutlich wurde, dass die größte Veranstaltung der »Lebensschutz«-Bewegung in der Krise steckt – personell und inhaltlich fehlen Impulse und die Zahl der Teilnehmenden nimmt ab. Das sollte aber die Kritik an ihr nicht verflachen.

Von Ulli Jentsch und Eike Sanders

Nach unseren Zählungen nahmen in diesem Jahr rund 3.500 Menschen am »Marsch für das Leben« teil und damit ebenso wenige wie 2017. Im Vorjahr hatten die Veranstalter*innen vom BUNDESVERBAND LEBENSRECHT (BVL) eine Zahl von 7.500 angegeben, dieses Jahr mussten auch sie zugeben, dass sie weniger als in den Vorjahren waren und gaben vor Ort 5.500 Teilnehmende an. Dies wäre also auch bei den fragwürdigen Zahlen des BVL eine Abnahme um fast ein Drittel.

Der Schwund war zu erwarten und ist auch mit der die kirchlichen Gemeinden spaltenden Frage »Wie hältst du es mit der AfD?« zu begründen, die – neben der Überbetonung der (vermeintlich gewaltvollen) Gegenproteste – in Zeiten von Pegida und Chemnitz demobilisierend wirkt.¹ Tatsächlich haben dieses Jahr die queer-feministischen Gegenproteste zusammen mit Reclaim Club Culture schon am Vorabend rund eintausend Teilnehmer*innen trotz Regen auf die Straße gebracht und demonstrierten und sangen auch am Samstag mit mehreren hundert Menschen

an verschiedenen Punkten gegen die Abtreibungsgegner*innen. Die vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung veranstaltete Demonstration konnte 1.500 Menschen mobilisieren, die sich später den Blockadeversuchen anschlossen.

Relativierungen, »Zeugnisse« und Jugendlichkeit

Personell und strategisch ist die »Lebensschutz«-Bewegung in die Defensive geraten. Während sie noch 2016 offensiv den »Kulturkampf« ausrief, wurden dieses Jahr die akuten Themen wie der § 219a und der Praena-Test nur en passant gestreift. Geradezu beschwichtigend wirkte vor allem die Rede der Vorsitzenden der CHRISTDEMOKRATEN FÜR DAS LEBEN (CDL), MECHTHILD LÖHR: »Oft sieht es so aus, als ob, und das sagen ja auch unsere Kritiker hier bei den Gegendemonstrationen, unsere Bekenntnis zum Leben des Kindes ein Anschlag auf die Rechte der Frau ist. Nein! Wir kennen zwei Lebensrechte (...). Die Gesetzeslage in Deutschland ist eigentlich so, dass wir auch keine Straf-

verschärfung brauchen, sondern was wir brauchen ist eine bessere Aufklärungspolitik, bessere Hilfe, um viel mehr Kinder zu retten.« Der Applaus war nur verhalten, wird aus den sonstigen Publikationen der »Lebensschutz«-Bewegung doch sehr deutlich, dass sie sich eigentlich ein Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen wünschen.

Neben den gesagten Relativierungen zeigten die Reden eine Rückbesinnung auf den bewährten Mix aus Betroffenheitsberichten und einer – angesichts des traditionell hohen Anteils älterer Männer und Frauen doch leicht bemüht wirkenden – Inszenierung der eigenen Jugendlichkeit. Zunächst berichtete, moderiert von der BVL-Vorsitzenden ALEXANDRA MARIA LINDER und dem Generalsekretär der evangelikalen DEUTSCHEN EVANGELISCHEN ALLIANZ, HARTMUT STEEB, die für die AKTION LEBENSRECHT FÜR ALLE (ALFA) tätige Referentin und Beraterin SANDRA SINDER aus Düsseldorf von ihrer Arbeit. Danach erzählte die Küsterin Elisabeth Rugaju aus Köln beziehungsweise Uganda über ihre Entscheidung, auch das dritte Kind zu bekommen, schließlich

standen ein Pianist aus Israel und dessen Frau auf der Bühne, um »Zeugnis abzulegen«: Seine Mutter war erst 16, als sie ihn bekam und seine vorherige Freundin trieb ohne sein Wissen ab. Hier inszenierte sich ein Mann als Betroffener von Abtreibungen, was in den aus den USA schwappenden Diskurs von der kollektiven Traumatisierung durch Abtreibungen und den auch hier verbreiteten Väterrechtsdiskurs passt.

Der zweite Fokus lag auf der genannten Inszenierung der Jugend als neue Pro-Life Generation. CORNELIA KAMINSKI (CDU Hessen, CDL und ALFA), Linder und Steeb holten zwischenzeitlich sechs Jugendliche auf die Bühne. Es redete auch BETHANY JANZEN, regionale Koordinatorin der STUDENTS FOR LIFE OF AMERICA, die nach eigenen Aussagen der österreichischen JUGEND FÜR DAS LEBEN helfen will, die »pro-life generation in Europe« aufzubauen.² Janzen zog eine Linie von der Bürgerrechtsbewegung für die Abschaffung der Sklaverei zur Schaffung einer Kultur der »equality«, in der sowohl die Hautfarbe als auch das Alter (womit das Alter ab der Zeugung, nicht der Geburt gemeint ist) nichts bedeuten. Cornelia Kaminski übersetzte dabei die Aussagen erstaunlich selektiv, verkürzt und verfremdend, so dass aus »equality« bei ihr »Qualifikation« wurde.

Abschlussgottesdienst

Die rahmenden Auftritte der einigermaßen bekannten Christenrockband KOENIG&PRIESTER war denn offensichtlich auch für viele Jugendliche der Höhepunkt des Tages. Koenige&Priester, deren Sängerin Florence Joy 2004 die Castingshow »Star-Search« gewann und deren Sänger und Gitarristen, die Brüder Thomas und Jonathan Enns, Finalisten der vierten Staffel von »Deutschland sucht den Superstar« waren, sorgten für Ekstase bei den jüngeren und vor allem während des Gottesdienstes für verkniffene Gesichter bei den älteren Generationen.

Erstmalig predigte, neben dem Berliner Weihbischof MATTHIAS HEINRICH, ein evangelischer Bischof auf dem Abschlussgottesdienst: der Greifswalder HANS-JÜRGEN

ABROMEIT stellte die ungewollte Schwangerschaft als »eine Nagelprobe auf die Solidarität der Gesellschaft« dar. Man müsse, so Abromeit, nur genügend füreinander eintreten. In der heilen Welt dieses Kirchenmannes kommt moralischer Druck, gerade von der Kirche und der »Lebensschutz«-Bewegung gerne als »Gewissensentscheidung« individualisiert, offenbar so wenig vor wie die freie Entscheidung gegen ein Austragen der Schwangerschaft.

Finde die AfD oder inhaltliche Kritik

Die derzeitige gesellschaftliche Präsenz feministischer Kämpfe wie die Forderung nach der Abschaffung des »Werbeverbot« genannten § 219a, der festgestellte Man-

„ Personell und strategisch ist die »Lebensschutz«-Bewegung in die Defensive geraten.“

gel an Abtreibungen vornehmenden Ärzt*innen und der Aufschwung einer sich radikalierenden AfD hatten im Verlauf des Jahres eine kritische Auseinandersetzung mit der »Lebensschutz«-Bewegung in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Viele antizipierten eine steigende Präsenz von AfD-Prominenz. Doch offensichtlich war es selbst für BEATRIX VON STORCH wichtiger, eine Veranstaltung in Weitnau (Allgäu) durchzuführen, MARTIN HOHMANN (MdB) war zwar anwesend, doch bekannte Gesichter fehlten in den vorderen Reihen des Marsches. Nichtsdestotrotz sahen die CHRISTEN IN DER AfD sowohl vorab als auch in den Berichten danach den Marsch ungebrochen oder gar verstärkt als Identifikations- und Agitationsfeld.

Alexandra Linder hatte im Vorfeld betont, es sei das demokratische Recht Aller am »Marsch für das Leben« teilzunehmen, »aus Kirchen oder Parteien, welcher Couleur auch immer«. Niemand aus dem Organisator*innen-Team machte Anstalten, sich dem Problem der Anwesenheit von RALF LÖHNERT³, der nicht nur auf »Lebensschutz«-Märschen, sondern

auch auf neonazistischen Rudolf Heß-Gedenkdemonstrationen anzutreffen ist, anzunehmen. Auch in der Nachberichterstattung wird es von Seiten der Bewegung beschwiegen. Doch ein Blick in die Schweiz, wo zuletzt die offene Mobilisierung der extrem rechten PARTEI NATIONAL ORIENTIERTER SCHWEIZER (PNOS) zum Berner »Marsch fürs Läbe« für Aufsehen gesorgt hatte, verdeutlicht, wie fragil eine Einladungspraxis ist, die sich nicht zwischen offenen Armen für alle und Abgrenzung nach Rechtsaußen entscheiden mag.

Eine solche Aufmerksamkeit von der extremen Rechten bekam der Berliner Vorgezigmarsch bisher nicht. Zwar liefen in den vergangenen Jahren Mitglieder von CDU und AfD nebeneinander an der Spitze des Marsches, dominiert haben letztere ihn jedoch nicht. Solange der BVL es schafft durchzusetzen, dass fast ausschließlich die Einheitsplakate und -Schilder gezeigt werden dürfen, wird die Präsenz extrem rechter Personen nur für Journalist*innen und Rechercheur*innen sichtbar sein und kann vom BVL und den Teilnehmenden ignoriert werden.⁴ Für die emanzipatorische Gegenseite hingegen gilt es, in Erinnerung zu behalten, warum man den »Marsch für das Leben« politisch bekämpfen muss: Die »Lebensschutz«-Bewegung vertritt reaktionäre, christlich-fundamentalistische Positionen und ein Weltbild, das feministische und queerpolitische Errungenschaften akut bedroht. Nicht die Präsenz einzelner AfD-Politiker*innen ist das Problem, sondern die Agenda der Bewegung an sich. •

¹ Vgl. auch Linder auf www.die-tagespost.de am 24.9.2018 und Eike Sanders: »Wie Essig und Öl« vom 18.07.2016 auf www.apabiz.de. ² <https://twitter.com/BethanyJanzen> am 3. Juni 2018: »Can't wait to help raise up the pro-life generation in Europe with @jfdL_at! #prolifegen« ³ <https://www.apabiz.de/2018/mit-holzkreuz-und-reichsfahne/> ⁴ Vgl. das Video des JFDA e.V., in dem Alexandra Linder die homo*feindlichen Positionen von pro conscientia e.V., Mitglied im BVL als »nicht unsere Baustelle« bezeichnet. <https://jfdL.de/blog/2018/09/22/proteste-gegen-den-marsch-fuer-das-leben/>, insbesondere ab 0:23





Harry Waibel: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR. Schmetterling Verlag, 2017. 22,80 Euro.

Knapp 9.000 neonazistische, rassistische und antisemitische Vorfälle, davon 200 gewalttätige Angriffe in 40 Jahren des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist die Bilanz des Historikers Harry Waibel in »Die braune Saat«. Das Buch ist eine umfangreiche Sammlung von rechten Aktivitäten wie Schmierereien, Propaganda-Aktionen, Beleidigungen, Friedhofsschändungen und Gewaltstraftaten. Auch gibt es Einblicke in neonazistische Strukturen und Schwerpunkte in DDR-Bezirken.

Waibel recherchierte für sein Werk in den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Auf über 300 Seiten trägt er seine Ergebnisse zusammen und zeigt, dass das MfS, das ZIJ, das Zentralinstitut für Jugendforschung und die DDR-Obrigkeit die rechten Entwicklungen im Land im Blick hatten. Öffentlich wurde dies jedoch nicht verhandelt, um dem Ruf des antifaschistischen Staates nicht zu schaden. Erst ab Ende der Achtzigerjahre änderte sich die öffentliche Debatte. Entsprechend liest sich das Buch als eine Aneinanderreihung von kurzen Akteneinträgen: Im Jahr 1988 gehören dazu z.B. ein Überfall

Quellensammlung zu rechten Aktivitäten in der DDR

von Svenna Berger

auf eine Veranstaltung in der evangelischen Kirche von rechten Skinheads in Hennigsdorf, eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Punks und Skinheads in Merseburg, eine Meldung über eine Skinheadgruppe in Bernau, die Kontakt nach Potsdam und Berlin pflegte oder antisemitische Äußerungen in Schmölln.

Sammlung von Stasi-Quellen

Ohne Zweifel ist das Buch eine wichtige und in der Form bisher einzigartige Sammlung von Quellen zu rechten Aktivitäten in der DDR. Seit diesem Jahr gibt es außerdem eine Ergänzung: In einem 461 starken PDF sind nach Bezirken sortierte Einträge zu rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Propagandaaktionen und Gewalttaten gesammelt, darunter der rassistische Mord an Antonio Manuel Diogo im Juni 1986. Auch wenn Waibel auf den wissenschaftlichen Anspruch seiner Arbeit verweist, mangelt es ihr an Sachlichkeit. Insbesondere in der Einleitung und im Fazit, in der er sich um Kontextualisierung bemüht, verfängt er sich in Polemik, zugespitzter Wortwahl und ungenauen Vergleichen: Schockierende Zahlen wie etwa die von 200 (!) Pogromen bzw. »pogromartigen Übergriffen« werden weder spezifiziert noch in Relation gesetzt. Verweise auf die BRD sollen das Bild des braunen Ostens verschärfen. So schreibt Waibel an einer Stelle, es habe in der BRD 2.000 Skinheads gegeben, zur gleichen Zeit 1.500 in der DDR und schlussfolgert daraus »ein relatives Übergewicht dieser ostdeutschen Neonazis«. Es hätte dem Buch gut getan, sich mit Aktivist*innen und Zeitzeug*innen aus der DDR zu unterhalten. Denn dann hätten die nahezu ausschließlich genutzten Stasi-Akten ins Verhältnis gesetzt werden können. Im Fall der Skinheads hatte das MfS eine recht ungenaue Vorstellung davon, was Skinheads seien, sie zählten als »negativ-dekadente Jugendliche«. Auch Linke,

Punks und unabhängige Antifaschist*innen wurden von der Stasi darunter gefasst und teils sogar als Nazis denunziert.

Unzureichende Ursachensuche

Belegen will Waibel mit seiner Sammlung eine Kontinuität rechter Gewalt und Gesinnungen in der DDR-Gesellschaft seit dem Nationalsozialismus bis in die Gegenwart. Die Defizite des DDR-Systems, auf rechte Umtriebe nicht zu reagieren und sie durch autoritäre Führung zu stärken, seien Ursache für die heutige Dominanz von Rechtsaußen. »Die braune Saat« der Nazis sei, so Waibels Auffassung, aufgegangen. Eine These, die aus ostdeutscher Perspektive auf Kritik stößt. Von DDR-Dogmatiker*innen sei hier gar nicht die Rede. Sondern von linken Oppositionellen, die ´89 für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Straße gingen, die mit ansehen mussten, wie Nationalismus und Kapitalismus die Proteste torpedierten. Wesentliche Einschnitte ostdeutscher Biographien durch den Zusammenbruch eines politischen Systems werden von Waibel schlicht ignoriert. Dabei lassen sich neonazistischer Terror à la NSU und die rassistische Mobilisierung von AfD, Pegida und Co. ohne diesen Bruch nicht verstehen. Rechte Akteure ziehen ihre Stärken daraus, »ein politisches System gestürzt und anschließend den neuen Staat in Hoyerswerda und Rostock gezwungen zu haben, vor ihrem rassistisch motivierten Willen zurückzukeichen«, wie es David Begrich vor kurzem in einem Brief an die westdeutsche Linke anlässlich der rassistischen Proteste in Chemnitz feststellte. Waibels vereinfachtes »der Osten war schon immer braun« hilft dagegen nicht weiter. •

Erklärung gegen Rechts findet breite Unterstützung

Berlin • Im Juni veröffentlichten 50 Träger der Beratungs- und Bildungsarbeit, darunter auch das apabiz, eine Erklärung unter dem Titel »Für Menschenrechte und eine demokratische Kultur«. Darin schreiben sie, dass extrem rechte Positionierungen gegen die Leitbilder ihrer Arbeit verstoßen. Inzwischen ist die Zahl der unterzeichnenden Institutionen auf 180 gestiegen. Darunter befinden sich Träger der Stadtteil- und Jugendarbeit genauso wie Beratungsprojekte, Migrant*innenselbstorganisationen und Verbände. Gemeinsam wendet man sich gegen die Bemühungen der AfD, mit einer Kultur der Behauptungen und Unterstellungen, Träger, Projekte und Bündnisse zu diffamieren und mundtot zu machen. Auch weiterhin werde man für eine »vielfältige und weltoffene Stadtgesellschaft einsteigen und jenen Gehör verschaffen, die von Ressentiments, Vorurteilen und rechter Gewalt betroffen sind.«

ZAG eingestellt

Berlin • Mit der neuesten Ausgabe Nr. 75/76 wird die »ZAG – antirassistische Zeitschrift« von der Redaktion eingestellt. Als Gründe werden u.a. ein nicht erfolgreich durchgeführter Generationenwechsel und zu wenig Reaktionen genannt. Im November 1991 erschien die erste Ausgabe, maßgeblich initiiert von der Antirassis-

tischen Initiative (ARI), mit dem Titel »Rassismus tötet« in einer Zeit eskalierender rassistischer Angriffe. In den folgenden 25 Jahren war die ZAG mehr als ein reines Debattenblatt der antirassistischen Bewegung. Vor allem gelang es der Redaktion immer wieder, vernachlässigte Themen ins Gespräch zu bringen und über das eigentliche Spektrum hinaus zu wirken. Durch das Ende der ZAG verliert das antirassistische Spektrum eine wichtige Stimme.
www.zag-berlin.de

Datenschutz nur für Deutsche

Berlin • Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, RONALD GLÄSER, könnte seinen Vorsitz im Ausschuss für Datenschutz verlieren. Vertreter*innen aller Parteien hatten Gläser scharf kritisiert, nachdem der 44-jährige Journalist über seinen Twitter-Account einen zuvor illegal veröffentlichten Haftbefehl weiter verbreitet hatte, auf dem auch persönliche Daten zu lesen waren. Der Haftbefehl gegen einen irakischen Mann, der beschuldigt wird, in Chemnitz einen Mann erstochen zu haben, war zuvor von einem Angestellten der Justizbehörden in Sachsen an extrem rechte Medien weiter gegeben worden. Die Staatsanwaltschaft prüft nach einer Anzeige, ob sie gegen den Redakteur der JUNGEN FREIHEIT und Pressesprecher der Berliner AfD ein Ermittlungsverfahren einleitet.

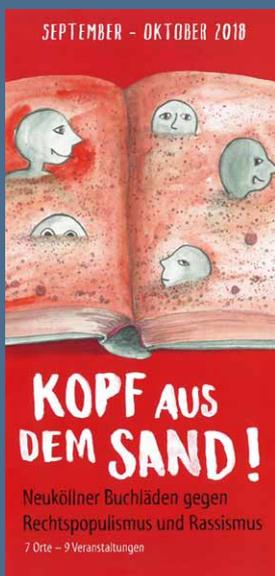


Graffiti zur Erinnerung an Clément Méric
cc by 2.0 flickr thierry ehrmann

oft mit Preußenkrone und Kreuz am Revers und einem selbst gebastelten Kreuz in der Hand unterwegs, selber wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Er hatte auf seinen Facebook-Seiten den Holocaust gelegnet, so befand das Amtsgericht Hannover, und entschied auf zehn Monate Haft auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Mehr unter www.apabiz.de.

Urteil im Fall Clément Méric

Paris • Am 14. September ging in Paris das Verfahren gegen drei Neonazis zu Ende, die wegen des Todes eines 18-jährigen Antifaschisten vor Gericht standen. Clément Méric starb im Juni 2013, nachdem er am Tag zuvor von einer Gruppe Neonazis auf der Straße brutal zusammengeschlagen worden war. Zwei Täter wurden zu elf und sieben Jahren Gefängnis verurteilt, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Tat hatte in Frankreich zunächst für viel Aufsehen gesorgt und zum Verbot der extrem rechten Gruppe JEUNESSE NATIONALISTE RÉVOLUTIONNAIRE beigetragen. Auch in Berlin haben antifaschistische Gruppen in den vergangenen Jahren an den Mord erinnert und dem medial immer wieder bemühten Narrativ einer »Schlägerei unter Jugendlichen« vehement widersprochen. Nach Besuchen in Paris sind außerdem zwei Dokumentarfilme entstanden.



Noch bis Ende Oktober finden unter dem Motto »Kopf aus dem Sand« in Berlin-Neukölln Vorträge, Lesungen, eine Vernissage und weitere Veranstaltungen statt. Die bereits zum dritten Mal von den Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus organisierte Veranstaltungsreihe wird auch vom apabiz unterstützt. Alle Veranstaltungen sind auf der Facebook-Seite der Initiative zu finden.

Mit Holzkreuz und Reichsfahne

Berlin • Eher selten verlaufen sich bekannte Aktivist*innen der neonazistischen Szene auf Veranstaltungen der »Lebensschutz«-Bewegung. Doch der 48-jährige RALF LÖHNERT ist sowohl auf dem »Marsch für das Leben« in Berlin oft in den ersten Reihen zu sehen (siehe Bericht auf Seite 3), als auch auf dem Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter RUDOLF HESS 2017 und 2018 in Berlin oder wenn Freiheit für die verurteilte Holocaust-Leugnerin URSULA HAVERBECK gefordert wird. Im Mai diesen Jahres war der auffällige Mann mit Rauschebart,



- **Patrick Keßler: Die »Neue Rechte« in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus? Protagonisten, Programmatik und Positionierungsbewegungen.** LIT Verlag, Berlin 2018.

Die Dissertation beschäftigt sich ausführlich mit der Neuen Rechten als politischer Strömung. Vorangestellt wird hierzu eine Beschreibung der »Konservativen Revolution« als »ideologischem Hintergrund«, der ein kurzer historischer Abriss nach 1945 und die Vorstellung der maßgeblichen Personen und Projekte aus der Gegenwart folgen. Abschließend untersucht Keßler die direkte Bezugnahme von Neuer Rechter und Rechtsextremismus aufeinander anhand der Auseinandersetzung mit einigen ideologischen Fragmenten der Neuen Rechten. Leider endet die Untersuchung bereits 2014 und so bleiben AfD oder IDENTITÄRE BEWEGUNG weitgehend unerwähnt. Auch das studentische Milieu von rechts hätte zu einer genaueren Analyse hinzugezogen werden können. Trotzdem bietet das Buch einen guten, ersten Überblick über die Neue Rechte und ihre historische Bezüge. (ps)

- **Markus Metz / Georg Seeßlen: Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels.** Bertz und Fischer, Berlin 2018.

Das Buch versammelt bereits publizierte Essays und neu verfasste Artikel mit dem Anspruch, »Erscheinungsformen des Rechtsrucks« zusammenzudenken, »die bislang nur isoliert betrachtet worden sind«. Die Kapitelüberschriften machen neugierig: Popkultur trifft auf Antonio Gramsci, »Partialverblödungen« und »Allgemeinverblödungen« werden semantisch seziert, oder es werden psychologische Perspektiven auf rechte Protagonist*innen wie JÖRG HAIDER, MARINE LE PEN oder DONALD TRUMP geworfen, »Gestörte, die auf Verstörung mit Störung reagieren.« Dabei treffen kulturtheoretische Zugänge auf eine essayistische und humorvolle Sprache. Mir scheint, die Lektüre könnte sich lohnen. (vh)

- **Stefan Orth, Volker Resing (Hrsg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion? Herder, Freiburg 2017.**

Orth und Resing stellen ihren Sammelband unter die Frage, wie die Kirche auf die aktuellen rechtspopulistischen Gruppierungen reagieren sollte. Autor*innen wie Andreas Püttmann und Sonja Angelika Straube skizzieren in ihren Aufsätzen in bekannt guter Manier und dicht an soziologischen Fakten Herkunft und Rolle der AfD. Zu Wort kommen neben anderen auch Werner J. Patzelt und Joachim Klose, die ebenso erwartbar die Herkunft und Positionen der bei PEGIDA Teilnehmenden erklären und weitgehend entschuldigen. Abgeschlossen wird mit einem Aufsatz von Kardinal Rainer Maria Woelki zum nötigen kirchlichen Umgang mit Rechtspopulismus. Der Band leidet unter der Ungenauigkeit, unbedingt an dem Begriff Rechtspopulismus festzuhalten, liefert aber eindeutige kirchliche Positionen für kommende politische Auseinandersetzungen. (agw/uj)

- **Franziska Schreiber: Inside AfD – Der Bericht einer Aussteigerin.** Europa Verlag, München 2018.

Die Autorin legt mit ihrem Buch die erste Veröffentlichung einer Aussteiger*in aus der AfD vor. FRANZISKA SCHREIBER trat als politischer Neuling 2013 in die AfD ein und schaffte es schließlich bis zur sächsischen Vorsitzenden der JUNGEN ALTERNATIVE (JA) bis sie kurz vor der Bundestagswahl 2017 austrat. Gerade bei den Beschreibungen von Parteipersonlichkeiten wie der ehemaligen Vorsitzenden FRAUKE PETRY schwingt immer noch die menschliche Begeisterung der Verfasserin mit, die einer kritischen Betrachtung im Wege steht. Die Reflexion der eigenen Entwicklung und Einstellung kratzt oft nur unzureichend an der Oberfläche. Leider hält dieses Buch wenig Überraschendes für das bereits informierte Publikum bereit. (ps)

In dieser Rubrik geben wir einen kurzen Überblick über neue Bücher, Broschüren und andere Medien, die im Archiv ab sofort verfügbar sind.

Fördermitglied werden

Wer Fördermitglied des apabiz wird, bekommt mindestens 4 mal jährlich unseren Rundbrief monitor kostenlos zugeschickt.

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr den monitor und ab und an weitere Broschüren, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

Um Fördermitglied zu werden, genügt eine Mail.

Unser Info-Paket

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz kommen möchten, gibt es unser Infopaket:

- 5 Exemplare des monitor (4 Ausgaben jährlich)
- ein Exemplar aller neuen Publikationen des apabiz (Broschüren, Dossiers etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des monitor zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

monitor - rundbrief des apabiz

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache
v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de